

Ö1 Mittagsjournal 12:00 vom 03.06.2019 12.00 Uhr

Alexander Schallenberg/Alexander Van der Bellen/Brigitte Bierlein/Parteien FPÖ/Exekutive
Polizei/Parteien SPÖ/Sebastian Kurz/Parteien ÖVP / Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei

Ö1 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - Expertenregierung: Rechte und Pflichten - Interview mit **Werner Zögernitz**

Zupan Agathe (ORF)

Ja, die Regierung Bierlein ist also angelobt. 17 Tage, turbulente Tage sind vergangen, seit der sogenannten Ibiza-Affäre und in Österreich ist innenpolitisch nichts mehr, wie es war. Das kann man wohl ohne Übertreibung so sagen. Bundespräsident Van der Bellen hat heute das sogenannte Expertenkabinett angelobt, also Ministerinnen und Minister, die nicht gewählt über ihre Partei, sondern ausgewählt worden sind. Was dürfen sie, was müssen sie, wo sind ihnen die Hände gebunden? **Werner Zögernitz** ist dazu bei mir im Studio. Willkommen, Herr Doktor **Zögernitz**.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)
Dankeschön.

Zupan Agathe (ORF)

Sie waren Direktor des Parlamentsklubs der ÖVP und sind Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Was darf dieses Kabinett Bierlein rein rechtlich und gesetzlich eigentlich tun - das, was jede andere österreichische Bundesregierung auch darf? Und ganz wichtig: Wie geht das ohne eine politische Mehrheit im Parlament im Rücken? Hat da der Bundespräsident vielleicht gesagt: Bitte habt Mut?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)
Grundsätzlich haben die Regierungsmitglieder einer Übergangsregierung dieselben Rechte wie alle anderen Regierungsmitglieder. Allerdings, schon dadurch dass sie nicht direkt von der Bevölkerung nominiert, legitimiert sind, sind sie schwächer. Punkt zwei ist ihre Aufgabe begrenzt, zeitlich begrenzt. Drittens ist es so, dass sie primär ein Verwaltungskabinett wahrscheinlich sein werden. Also ich gehe davon aus, dass weniger Gesetze, weniger Regierungsvorlagen kommen werden, denn Regierungsvorlagen müssen zuerst im Ministerium erarbeitet, dann begutachtet werden und dann über den Ministerrat kommen, wo auch Einstimmigkeit herrscht, und dann kommt es ins Plenum - also ein langes Verfahren. Wenn es zu Gesetzen kommt, wofür ich nicht hoffe, dass es allzu viele sind, wird es wahrscheinlich vom Parlament ausgehen, denn fünf Abgeordnete können Initiativanträge einbringen, die müssen dann genauso behandelt werden wie Regierungsvorlagen. Allerdings in diesem Fall fällt die Transparenz weg, weil die Begutachtung nicht stattfindet. In anderen Bereichen, glaube ich, wird es nicht viel anders sein. Zum Beispiel, sie werden verwalten, sie werden Verordnungen erlassen unter Umständen, nur sie müssen halt aufpassen: Bei allem, was ins Parlament geht, muss hier eine Mehrheit garantiert sein.

Zupan Agathe (ORF)

Was ist mit Dinge wie zum Beispiel der Steuerreform, der sogenannten, die die abgelöste Regierung Kurz noch vorbereitet hat: Bleibt liegen, macht nichts - wie sehen Sie das?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Also ich rechne nicht, dass diese Steuerreform weitergeht. Immerhin haben alle Parteien versprochen, keine, keine budgetwirksamen Gesetze zu beschließen und bei der Steuerreform geht es ja doch um sechs Milliarden

oder sogar mehr. Also ich nehme nicht an, dass in dieser Übergangszeit etwas passiert. Außerdem sind noch gewisse Gesetzestexte vorzubereiten und Begutachtungen vorzunehmen.

Zupan Agathe (ORF)

Also das bleibt möglicherweise wahrscheinlich liegen?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Also, ich gehe eher davon aus, ja.

Zupan Agathe (ORF)

Also die Stunde des Parlaments, heißt es ja immer wieder, also das Parlament ist, Parlament ist gestärkt mit so einer Expertenregierung als Vis-a-vis, aber politisch-praktisch müssen Mehrheiten gesucht werden, Sie haben es schon erwähnt, zum Beispiel in der Frage, ob das Gesetz zum Nichtraucherschutz jetzt beschlossen werden soll oder nicht, da hören wir gleich mehr. So verfeindet, wie sich ÖVP, Freiheitliche und SPÖ gegenüberstehen im Nationalrat, rechnen Sie mit Beschlüssen oder Gesetzesinitiativen? Da haben Sie schon gesagt: eher nein. Wie kann dann die Mehrheit überhaupt - oder Arbeit überhaupt ausschauen?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Na ja, die parlamentarische Arbeit sind ja nicht nur Gesetze, sondern die Parlamentsarbeit besteht aus Gesetzgebung, aus der Kontrolle der Regierung und der Vollziehung des Bundes und drittens einmal auch an der Mitwirkung an der EU-Rechtssetzung und an der Mitwirkung des ESM. Also ich gehe davon aus, dass sich die Kontrolltätigkeit des Parlaments einschränken wird, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass jetzt irgendwelche Abgeordnete Dringliche Anfragen an die neuen Regierungsmitglieder richten. Ich nehme auch an, dass die, dass die normalen mündlichen und schriftlichen Anfragen abnehmen, in der Zahl abnehmen - bitte, was soll man diese Regierung, die fragen. Drittens nehme ich auch an, dass Entschließungsanträge, auch die gehören zur Kontrolle, dass diese halt auch nicht kommen werden, denn die Regierung hat ja sowieso ein Ablaufdatum.

Zupan Agathe (ORF)

Aber jetzt gibt es ja bis Mitte Juli Nationalratssitzungen. Was wird denn jetzt passieren in diesen Sitzungen, freundliches Kaffeetrinken und Plaudern, oder was?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Na ja, gut, na gut, ich nehme an, dass wahrscheinlich noch abgearb-, gewisse Dinge abgearbeitet werden. Dafür ist einiges vorhanden. Ich nehme, dass der Hauptausschuss tätig sein wird, er muss auch tätig sein zum Beispiel bei der Ausschreibung der Nationalratswahlen und bei der Ernennung des EU-Kommissars. Drittens gehe ich davon aus, dass - bei Entsendungen, zum Beispiel bei Militärs oder Polizisten ins Ausland, ist auch der Hauptausschuss tätig.

Zupan Agathe (ORF)

Okay, also es gibt was zu tun, mehr Verwaltung als sozusagen gesetzlich Richtungsweisendes. EU-Ebene, Sie haben es erwähnt, Kommissare und ähnliches: Was kann, soll, darf sich die Regierung Bierlein da erlauben oder entscheiden die Mehrheiten im Parlament und die jeweiligen Minister führen durch, melden nach Brüssel, so zum Beispiel der neue Außenminister Schallenberg?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Na gut, bei EU gehe ich davon aus, dass unter Umständen der Nationalrat die eine oder andere Stellungnahme beschließt und dadurch den Minister unter Umständen bindet sogar in seinem Verhalten. Wichtig ist allerdings die Ernennung des neuen Kommissars. Hier, diese erfolgt auf Vorschlag der Bundesregierung, also einstimmig über den Ministerrat, und der Hauptausschuss muss dem zustimmen. Also hier wird man ein, ein, eine Lösung finden müssen, die sowohl dem Nationalrat gefällt als auch der Bundesregierung.

Zupan Agathe (ORF)

Danke, **Werner Zögernitz**, Experte für Parlamentsrecht, für den Besuch im Studio.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Dankeschön.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.